

Name		Vorname		Akad. Grad
Straße, Haus-Nr.		Nation	PLZ	Ort
Bankleitzahl/BIC		Kreditinstitut		Konto-Nr./IBAN
Zuordnungskennzeichen für Überweisung				

Datum

zu Geschäftsnummer

Antrag auf Festsetzung der Vergütung des beigeordneten Rechtsanwalts

In dem Rechtsstreit/Verfahren

_____ gegen _____

beantrage ich, nachstehende Gebühren und Auslagen festzusetzen.

Vorschüsse und sonstige Zahlungen (§ 58 RVG) habe ich nicht in Höhe von EUR erhalten.

Aus der Staatskasse habe ich Vorschüsse (§ 47 RVG) nicht in Höhe von EUR erhalten.

Gebühren für Beratungshilfe (VV2501, 2503) habe ich nicht in Höhe von EUR erhalten.

Ich habe den Mandanten nicht außergerichtlich vertreten.

Für eine außergerichtliche Vertretung bzgl. (eines Teils) desselben Gegenstandes ist eine Geschäftsgebühr gem. VV2300-2303 in Höhe von EUR (bei einem Gebührensatz von , ; aus einem Wert von ,) entstanden.

Ich habe diese Gebühr nicht in Höhe von EUR erhalten.

Soweit Einzelberechnung: Ich versichere, dass die Auslagen nach VV7001 während meiner Beordnung entstanden sind.

Ich versichere, dass sich der Antragsgegner mit der Zahlung der Vergütung in Verzug (§ 45 Abs. 2 RVG) befindet.

Spätere Zahlungen werde ich unverzüglich anzeigen (§ 55 Abs. 5 Satz 4 RVG).

Weitere Begründung (evtl. auf ges. Blatt – zweifach –):

Rechtsanwältin/Rechtsanwalt

Kostenberechnung (nach RVG)

Bezeichnung	Vergütungsverzeichnis Nummer(n)	Gegenstandswert in EUR	Vergütung §§ 45, 49 RVG EUR	Regelvergütung §§ 13, 50 RVG EUR	festzusetzen auf EUR
Verfahrensgebühr					
Terminsgebühr					
Einigungs-/Aussöhnungsgebühr					
Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen	Einzelberechnung 7001				
	Pauschale 7002				
Summe					
Umsatzsteuer auf die Vergütung	7008				
Summe					
abzüglich Vorschüsse und sonstige Zahlungen (s. o.)					
zu zahlender Betrag					
Anspruch auf weitere Vergütung nach Maßgabe des § 50 RVG					

Festsetzung

Die dem u. g. RA aus der Landeskasse

zu zahlende [] Vergütung [] weitere Vergütung nach § 50 RVG wird festgesetzt auf

EUR [] Klage- oder Antragsgrund: -

vom Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe

De _____ ist mit Beschluss _____ (PKH/VKH) [] mit [] ohne Zahlungsbestimmung für

[] die Instanz [] die Zwangsvollstreckung [] _____ mit Wirkung vom _____ bewilligt und der u. g. RA beigeordnet worden.

[] Dieser hat versichert, dass sich der Antragsteller mit der Zahlung der Vergütung in Verzug (§ 45 Abs. 2 RVG) befindet.

Es ist am _____ [] Endurteil [] verfahrensbe- [] Versäumnis- [] Anerkenntnisurteil/ ergangen.
endender Beschluss urteil/-beschluss¹⁾ -beschluss

[] ein Vergleich geschlossen [] die Bewilligung der PKH/VKH aufgehoben worden.

[] die Klage/der Antrag [] die Berufung/Beschwerde zurückgenommen worden.

[] D. Rechtsstreit/Verfahren ruht seit dem _____

Ausgang des Rechtsstreits/Verfahrens im Kostenpunkt: _____

[] Die Notwendigkeit der Reise am _____ ist durch gerichtlichen Beschluss vom _____ festgestellt worden.

Dem [] Prozessgegner [] Streitgenossen ist PKH [] mit [] ohne Zahlungsbestimmung [] nicht bewilligt.

Dem [] Verfahrensgegner [] Beteiligten ist VKH [] mit [] ohne Zahlungsbestimmung [] nicht bewilligt.

[] Berechnung der Vergütung nach § 50 RVG²⁾.

[] D. vorgenannte Urteil/Beschluss ist rechtskräftig. [] Das Verfahren ist in sonstiger Weise beendet seit

Von der Partei/d. Beteiligten und dem Gegner wurden insgesamt eingezogen _____ EUR

[] Die von der Partei/d. Beteiligten zu zahlenden Beträge sind beglichen.

[] Eine ZwVollstr. in das bewegl. Vermögen der Partei/d. Beteiligten ist erfolglos geblieben oder erscheint aussichtslos.

Gesamtbetrag der Kosten und Ansprüche nach § 122 Abs. 1 Nr. 1 ZPO [] i.V.m. § 76 FamFG: _____ EUR

Für eine weitere Vergütung nach § 50 RVG stehen somit zur Verfügung: _____ EUR

Der Rechtsanwalt kann nach umseitiger Berechnung gem. § 50 RVG noch beanspruchen: _____ EUR

Als weitere Vergütung können somit festgesetzt werden³⁾ _____ EUR

Begründung von Absetzungen:

_____ als Urkundsbeamtin/Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Vfg.

1. Vermerk

a) Der festgesetzte Betrag wurde auf dem Beiordnungsbeschluss vermerkt.

) Früherer Auszahlungsbeleg: _____ (Datum, Betrag)

) Die Aufnahme der Zahlungen [] ist [] wird veranlasst.

) Die Wiederaufnahme der Zahlungen [] ist [] wird veranlasst.

) Die Wiedereinzahlung von der/dem _____

[] ist [] wird nach Rechtskraft veranlasst.

[] wird noch geprüft

[] unterbleibt [] mangels Haftung

[] wegen Unvermögens der Schuldnerin/des Schuldners.

2. Auszahlungsanordnung erstellt und freigegeben.

[] Nachricht an RA'e _____, dass _____ EUR festgesetzt und zur Auszahlung angewiesen wurden.

() einrücken wie Festsetzung.

[] Frau/Herrn KB: Übergang auf die Landeskasse _____ EUR Mehrvergütung _____ EUR

Wv. (§ 120 a ZPO)

(Ort und Datum)

(Name, Amtsbezeichnung)

1) Ist gleichwohl die volle Termingebühr festgesetzt, so ist die Zulässigkeit neben dem Ansatz kurz zu begründen. 2) Nur ausfüllen bei Festsetzung einer weiteren Vergütung nach § 50 RVG. 3) Waren mehrere RAe beigeordnet, ist § 50 Abs. 3 RVG zu beachten.